

Rede von

Roland Schäfer,

Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes,
1. Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes NRW,
Bürgermeister der Stadt Bergkamen

beim

**3. Forum „Lokale Bündnisse für Familie“
- Innovationstag -**

am 13. September 2005
in Berlin

„Familienorientiertes Netzwerk in Städten und Gemeinden“

Im Namen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes – und damit im Namen von bundesweit über 12.000 Kommunen - begrüße ich Sie herzlichst zum dritten bundesweiten Forum der lokalen Bündnisse für Familie hier in Berlin.

Zielsetzung

Die bessere Balance von Familie und Arbeitswelt, die zielgenaue materielle Unterstützung von Familien sowie der Ausbau der Kindertagesbetreuung stehen im Zentrum der aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussion. Hierzu haben auch die „Lokalen Bündnisse für Familie“ wesentlich beigetragen. Der DStGB hat diese Initiative des Bundesfamilienministeriums von Anfang an unterstützt.

Mit der **Fachkonferenz „Gemeinden sagen Ja zu Kindern“** am 19. Mai diesen Jahres in Königswinter bei Bonn haben sich die

deutschen Städte und Gemeinden zu einer nachhaltigen, dauerhaften und integrierten Familienpolitik bekannt. Nach der überaus großen Resonanz von über 200 Teilnehmern aus dem kommunalen Bereich sind wir bereits mit dem Bundesfamilienministerium in Gesprächen für eine Folgeveranstaltung.

Die anlässlich dieser Fachkonferenz vom DStGB herausgegebene Dokumentation zu Konzepten und Maßnahmen für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in Städten und Gemeinden erfährt bis heute eine rege Nachfrage von Kommunalverwaltungen, von Kommunalpolitikern, aber auch von Verbänden, Unternehmen oder Privatpersonen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hatte bereits im Jahr 2001 mit seiner **Dokumentation „Mit Familien die Zukunft gewinnen“** auf die Bedeutung der Familienpolitik und die gravierenden Folgen der demographischen Entwicklung hingewiesen und eine aktive Familienpolitik eingefordert. Dabei hatten wir uns nicht auf die üblichen Forderungen an andere beschränkt, sondern die Städte und Gemeinden selbst ermuntert, in Kooperation mit Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Kräften ein familienfreundliches Klima zu schaffen.

Notwendigkeit familienfreundlicher Politik

Eine grundlegende Diskussion über eine zukunftsorientierte Familienpolitik ist aus mehreren Gründen erforderlich:

1. Für die Städte und Gemeinden wird die Frage der Kinder- und Familienfreundlichkeit zu einem entscheidenden Standortfaktor der Zukunft. Bereits heute zeigen sich erhebliche Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands. Diese werden beeinflusst von Arbeitsplätzen, aber auch von der Lebenssituation, die Familien in Städten und Gemeinden

vorfinden. Es sind familienpolitische Strategien zu entwickeln, um junge Familien an ihre Kommune zu binden.

2. Unser Gemeinwesen hat nur dann eine Zukunft, wenn wir die Familien in das Zentrum der Politik stellen. Seit Jahren mahnt das Bundesverfassungsgericht die Politik zum Handeln. Aus meiner Sicht konzentriert sich das Bundesverfassungsgericht allerdings zu sehr auf die finanzielle Förderung. Mindestens genauso wichtig erscheint mir die Schaffung einer familienfreundlichen Infrastruktur sowie eine allgemeine Änderung in der Mentalität. Familien und Kinder müssen in der Gesellschaft größere Anerkennung und einen höheren Stellenwert finden. Wir müssen begreifen: Kinder sind ein Glück und eine Freude und eine unbezahlbare Bereicherung des eigenen Lebens.
3. Der Standort Deutschland kann nur mit gut ausgebildeten Menschen erfolgreich den globalen Wettbewerb bestehen. Die Bildungsbedingungen sind von Anfang an, also auch für den Elementarbereich, zu verbessern. Hier sind unzweifelhaft die Kommunen gefordert. Die Städte und Gemeinden sollten auch Motor der notwendigen Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule sein. Lebenslanges Lernen braucht eine Basis und ist gleichzeitig die Grundlage der Wissensgesellschaft.
4. Um den mit den Folgen des demographischen Wandels verbundenen Fachkräftemangel zu bewältigen, müssen qualifizierte Frauen in den Erwerbsbereich integriert werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss zum einen durch Kinderbetreuung gewährleistet sein, zum anderen durch flexible Arbeitszeitmodelle. Wir brauchen beide Wege, die sich ergänzen. Absprachen mit den Unternehmen vor Ort können durch die Lokalen Bündnisse befördert werden.

5. Untersuchungen belegen, dass Länder bzw. Regionen mit kinder- und familienfreundlichen Bedingungen höhere Geburtenraten, stabile Familienkonstellationen und eine günstige Altersstruktur vorweisen können. Eine höhere Berufstätigkeit der Frauen und weniger Menschen im Bezug von ALG 2 erhöht zugleich wiederum die Einnahmen der Sozialkassen und die Steuereinnahmen von Bund und Ländern.
6. Letztlich sind frühzeitig in Bildung und Erziehung investierte Mittel eine wichtige Maßnahme der Prävention und sparen in den Kommunen umfangreiche spätere Kosten, z.B. bei den repressiven Maßnahmen der Jugendhilfe und der Jugendgerichtshilfe.

Familienfreundlichkeit in Deutschland

Der Staat kann und soll familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Er kann aber nicht allein den Stellenwert von Familien und Kindern in unserer Gesellschaft beeinflussen. Jeder Einzelne ist gefordert, für eine Anerkennungskultur von Familien einzutreten. Deutschland ist so lange kein familienfreundliches Land, so lange Kinderlärm nicht als Zukunftsmusik verstanden wird, sondern Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzung ist. So lehne ich das jüngste Urteil des Hamburger Landgerichts, welches die Schließung eines Kindergartens wegen Lärmbelästigung der Nachbarn angeordnet hat, entschieden ab!

Dabei will ich nicht allein die Richter schelten, sie wenden schließlich in erster Linie nur Gesetze an. Derartige Urteile zeigen, dass die Bundes- oder Landesgesetzgeber bei ihren Entscheidungen über derartige Gesetze die Auswirkungen auf Kinder und Familien offensichtlich nicht immer im Blick haben.

Im Übrigen werden Richter nicht von sich aus tätig. Es muss Kläger geben. Kläger, die Kinder als störend empfinden, so wie Straßenlärm

oder die Immissionen eines Industriebetriebes. Vielleicht schaffen die „Lokalen Bündnisse“ vor Ort das Bewusstsein, dass unsere Gesellschaft dringend auf diese „störenden“ Kinder angewiesen ist.

Bedeutung der lokalen Ebene

In den letzten Jahren gerät zunehmend mehr in den Blick, dass die Lage der Familien ganz wesentlich davon abhängt, inwieweit Familienbelange auf der örtlichen und regionalen Ebene berücksichtigt werden. Die Kommunen müssen ihre Verantwortung für Kinder- und Familienförderung nicht zuletzt als kommunalen Standortfaktor begreifen. Die Städte und Gemeinden dürfen nicht verkennen, dass Bund und Länder vielfach nur allgemeine Rahmenbedingungen schaffen können, ohne auf die konkreten Lebensbedingungen der Familie Bezug nehmen zu können. Ein derartiger Bezug gelingt eben nur dort, wo Familien tatsächlich leben, also in den Städte und Gemeinden.

Kommunale Familienpolitik gehört in die **Leitbildentwicklung** der Städte und Gemeinden. Ich weiß, dass kommunale Leitbilder zurzeit eine inflationäre Entwicklung erfahren. Wenn wir Familienfreundlichkeit aber als Standortfaktor erkannt haben, dann dürfte an diesem Leitbild kein Zweifel bestehen. Der vom Bundesfamilienministerium anfangs des Jahres vorgestellte Familienatlas verdeutlicht nachdrücklich den Zusammenhang von Familienfreundlichkeit und kommunalem Handeln.

Kommunale Möglichkeiten

Die Städte und Gemeinden müssen zu lebenswerten Orten für Kinder und Familien entwickelt werden. Die **kommunalen Möglichkeiten** sind vielschichtig:

Sie reichen von der Gestaltung neuer Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenhäuser) und des Wohnumfeldes über

kinder- und familienfreundliche Gebühren für städtische Einrichtungen,
familiengerechte Stadt- und Verkehrsplanung (Freiräume für Kinder, kindgerechte Umgestaltung von Flächen, Spielplätze, Durchmischung der Wohngebiete, kindgerechte Straßenquerungen etc.),
Organisation offener Treffpunkte (Mütterzentren, Dorfgemeinschaftshäuser, Familientreffs),
Förderung der Nachbarschaftshilfe und des Dialogs der Generationen
Ausbau der Kinderbetreuung,
Gestaltung von Freizeit- Sport- und Kulturangeboten
bis hin zur Familienbildung und Familienberatung.

Wir kennen Umweltverträglichkeitsprüfungen für jede größere öffentliche Infrastrukturmaßnahme. Besteht nicht noch viel dringender die Notwendigkeit einer **Familienverträglichkeitsprüfung**? Dabei will ich keinesfalls einer neuen Bürokratie das Wort reden.

Einzelne Städte kennen bereits solche Familienverträglichkeitsprüfungen im Vorfeld kommunalpolitischer Entscheidungen. Diese Verfahren lassen sich, wie die Beispiele zeigen, auch ohne großen zusätzlichen Verwaltungsaufwand einsetzen.

In meiner Heimatstadt Bergkamen etwa haben wir im Rathaus ein sog. „Kinder- und Jugendbüro“ eingerichtet, ohne zusätzliches Personal, d.h. nur durch Umorganisation und Konzentration betroffener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Kinder- und Jugendbüro ist Anlaufstelle, Informationsbörse und Sprachrohr für Jugendliche und Kinder. Durch innerdienstliche Weisung ist sicher gestellt, dass das Büro bei jeder größeren städtischen Planung bereits im Vorfeld beteiligt wird, um auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu achten.

In einzelnen Städten findet man ferner im Internet einen **virtuellen Marktplatz für Familien**. Dort können z.B. mit Hilfe einer Suchmaske individuelle Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder (z.B. Kindertageseinrichtungen, Tagesmütter, Babysitter und Au Pairs, schulische Zusatzangebote, Ferienbetreuung, Musikschulen, Sportvereine, kulturelle Angebote), kommunale Dienstleistungsangebote, die Familien bei der Pflege ihrer Angehörigen unterstützen sowie haushaltsnahe Dienstleistungen (z.B. Einkaufsservice) abgefragt werden.

Aufbau lokaler Netzwerke

Die Kommunen können und müssen dabei nicht alle Maßnahmen selbst übernehmen, sondern sie sollten **familienorientierte Netzwerke** unterstützen und moderieren. Viel zu oft glauben wir, dass nur über gemeindliches Handeln bestimmte Aufgaben erfüllt werden können. Wir verkennen, dass dabei erhebliche Potenziale Dritter brach liegen. Die Erfahrungen der „Lokalen Bündnisse“ zeigen, dass Unternehmen, lokale Initiativen, aber auch einzelne Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich zusammen mit den Kommunen zu engagieren, wenn wir ihnen die Möglichkeit dafür bieten.

Für die aktive Gestaltung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Familien sind alle gesellschaftlichen Kräfte vor Ort zu mobilisieren und in gemeinsamen Aktionen einzubinden. Dazu gehören die Kommunalpolitik, die Bürgerschaft, Vereine, Verbände, Kammern, die lokale Wirtschaft sowie die Gewerkschaften.

Die heutige Veranstaltung ist ein Innovationstag, es geht also um die Weiterentwicklung der Bündnisse. Ich würde mich freuen, auch die **Migrantenorganisationen** stärker für die Zusammenarbeit in den Bündnissen zu gewinnen, um die vielen Familien mit

Migrationshintergrund in unseren Städten und Gemeinden einzubeziehen.

Der Bereich der Bildung sollte durch **Lernpartnerschaften** von Schulen und Unternehmen gestärkt werden. Der DStGB ist hier in Gesprächen mit dem Institut Unternehmen und Schule. Strategische Partnerschaften zur Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungsarbeit sind ein weiterer Focus für die Allianzen vor Ort.

Solche gemeinsame Aktionen setzen neue Formen der Partizipation voraus. Gerade hier setzt die **Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familien“** an. Gut eineinhalb Jahre nach dem Start arbeiten deutschlandweit über 200 Bündnisse (Lörrach in Ba-Wü. ist das 201. Bündnis, unterzeichnet am heutigen Tag) an innovativen Ideen und konkreten Projekten für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort. Im Einzugsbereich dieser Bündnisregionen leben insgesamt ca. 24 Millionen Menschen, mit dem Ziel, die Lebensbedingungen für Familien spürbar zu verbessern. An weiteren rund 200 Standorten werden derzeit Bündnisse vorbereitet.

Ich wünsche uns allen, dass die mit großem Erfolg gestartete Bundesinitiative die derzeit bestehende Dynamik beibehält, nach Möglichkeit weiter ausgebaut und auch nach Auslaufen der Bundesfinanzierung fortgesetzt wird. Der DStGB wird diese Initiative im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter unterstützen.

Finanzielle Rahmenbedingungen

An einem Tag wie heute redet man im Allgemeinen nicht über Geld. Die finanziellen Rahmenbedingungen zu verschweigen, wäre jedoch unseriös. Gerade beim Ausbau der Tagesbetreuung gilt der Grundsatz, dass ohne ausreichende finanzielle Ausstattung die Kommunen nicht in der Lage sein werden, familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wenn Bund und Länder den Kommunen immer mehr Finanzmittel durch die Gesetzgebung entziehen, dann kann das gemeinsame Ziel, familienfreundliche Städte und Gemeinden zu schaffen, nur schwer verwirklicht werden.

Vor diesem Hintergrund ist der Ruf nach immer weiteren Steuersenkungen der falsche Weg. Weniger Steuereinnahmen bedeuten zwangsläufig auch weniger staatliche Leistungen für die Bürger. Ein familienfreundliches Umfeld und eine bessere Betreuung für Kinder in den Städten und Gemeinden sind nicht zum Nulltarif zu haben. Wenn es möglich ist, Unternehmen Steuererleichterungen zu versprechen, dann muss es auch möglich sein, Finanzmittel für die wichtige Zukunftsaufgabe „Familienfreundlichkeit“ zur Verfügung zu stellen.

Fazit

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die deutschen Städte und Gemeinden bekennen sich zu einer aktiven Familienpolitik und unterstützen die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“. Aber nur gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren wie Bund und Ländern, Eltern, Wirtschaft, Verbände, Kammern, Initiativen vor Ort und Tarifvertragsparteien kann die neue Struktur und die Finanzierung einer nachhaltigen Familienpolitik sichergestellt werden.

Familie und Kinder sind der Garant für das Leben in unseren Städten und Gemeinden. „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“!